



DPoIG: Senat legt Gesetzentwurf zur Zahlung einer Angleichungszulage vor

Was bedeutet dieser Gesetzentwurf konkret?

Im Zuge des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2022 – das Gesetz regelt unter anderem die Übernahme des Tarifabschlusses aus dem November 2021 und die daraus folgende Erhöhung der Beamtenbezüge um 2,8 Prozent ab dem 1. Dezember dieses Jahres – hat der Senat die Zahlung von Angleichungszulagen angekündigt.

Beamtinnen und Beamte sollen für die Jahre 2021 bis 2025 einmal jährlich eine befristete Zulage von 33 beziehungsweise 20 Prozent eines „Monatsbruttos“ erhalten. Wichtig: Die aktuellen Klagen zur amtsangemessenen Alimentation bleiben davon unberührt! Alle

aktiven (!) Landesbeamtinnen und -beamten sollen für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 33 Prozent eines „Monatsbruttos“ erhalten und für die Jahre 2023 bis einschließlich 2025 jeweils 20 Prozent. Mit diesen Einmalzahlungen will der Senat die unsäglichen Kürzungen beziehungsweise Streichungen der Sonderzahlung aus dem Jahr 2011 ausgleichen und politisch erreichen, dass weitere Massenklagen zur amtsangemessenen Alimentation vermieden werden. Der Senat

gesteht also ein, ohne es natürlich öffentlich zu kommunizieren, dass die Kürzungsorgien der Vergangenheit mutmaßlich rechtswidrig waren und gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums verstießen. Ein Zustand, der bis heute andauert und zu einer Klagewelle führte, die Senat und Personalamt noch nie erlebten. Da der Senat hinsichtlich der Beamtenbesoldung auf rechtlich tönernen Füßen steht, soll im Verlauf dieses Jahres ein Besoldungsstrukturgesetz folgen, das dann die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt.

Dazu Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Die DPoIG Ham-

burg hat gegen die Kürzungen und Streichungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld massiv und unüberhörbar protestiert, unseren Kolleginnen und Kollegen Rechtsschutz gewährt und erfolgreich geklagt. Der Senat hat jetzt endlich in einem ersten Schritt auf die Rechtsprechung reagiert. Daher sind die angekündigten Zahlungen zu begrüßen. Allerdings wird die bisherige Nichtberücksichtigung unserer pensionierten Kolleginnen und Kollegen auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. So geht man mit Polizistinnen und Polizisten nicht um, die Jahrzehnte im Dienst unserer Stadt standen.“

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (01 75) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Ricardo Bolz, Frank Riebow, Andreas Vallbracht,
DPoIG Hamburg

ISSN 0723-2230



> Angleichungszulage – Gesetzentwurf (Auszug)

Angleichungszulage in den Jahren 2021 bis 2025

(1) Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter, die in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2025 innerhalb eines Kalenderjahres Anspruch auf Dienstbezüge haben, erhalten mit den Bezügen für den Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres eine Angleichungszulage nach Absatz 2. Bei einem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst vor dem 1. Dezember erfolgt die Zahlung zum Zeitpunkt des Ausscheidens.

(2) Die Angleichungszulage beträgt: 1. in den Jahren 2021 und 2022 33 vom Hundert und 2. in den Jahren 2023 bis 2025 20 vom Hundert des zwölften Teils der im jeweiligen Kalenderjahr nach diesem Gesetz bezogenen Summe aus Grundgehalt, Allgemeiner Stellenzulage, Grundleistungsbezug, Berufungs- und Bleibeleistungsbezügen, besonderen Leistungsbezügen sowie Funktionsleistungsbezügen.



Landesausschuss zog Bilanz

DPoIG: Erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit in herausfordernden Zeiten
Personalratswahl 2022 jetzt im Fokus –
Innensenator stand Rede und Antwort

Mitte März tagte der Landesausschuss der **DPoIG Hamburg** und bilanzierte das Jahr 2021 aus gewerkschaftspolitischer Sicht. Der Landesausschuss setzt sich aus allen Fachbereichen und Sonderorganisationen der **Deutschen Polizeigewerkschaft** zusammen, repräsentiert somit alle Mitglieder der **DPoIG Hamburg** und ist das zweithöchste Beschlussgremium unserer Gewerkschaft nach dem Landeskongress. Landesvorsitzender Thomas Jungfer eröffnete und leitete die Hybridsitzung des Landesausschusses. Er begrüßte zunächst unter anderem ganz herzlich unseren Ehrenvorsitzenden Joachim Lenders sowie die Ehrenmitglieder und ehemaligen Vorstandsmitglieder Freddi Lohse und Klaus Vöge. Im Mittelpunkt des Landesausschusses und der sich anschließenden Diskussion stand zunächst eine Bewertung der aktuellen Situation der Hamburger Polizei. Im gesamten Jahr 2021 stand nach wie vor die Coronapandemie im Mittelpunkt der polizeilichen und auch gewerkschaftlichen Arbeit. Die Pandemie hat unser Leben in einer Art und Weise beeinflusst, wie wir es uns vorher nicht hätten vorstellen können. Immer wieder wurde die Eindämmungsverordnung (EVO) geändert. Die Kontrollen zur Einhaltung der Eindämmungsverordnung durfte, wie selbstverständlich, die Polizei übernehmen. Auch gab es noch nie so viele De-

monstrationen wie im vergangenen Jahr. Diese Versammlungen und Aufzüge lassen den Belastungspegel für unsere Kolleginnen und Kollegen weitersteigen. Dazu kam ein Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder, für den sich die Arbeitgeber schämen müssen. Ausbildungsplätze an der Akademie der Polizei, die trotz der Einstellungsoffensive nicht besetzt werden konnten, und dann gibt es ja auch noch die nicht vorhandene amtsangemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten. Hier hat der Senat jetzt reagiert und sogenannte Angleichungszulagen angekündigt, um weitere Klagen zu verhindern. Nur der Klagebereitschaft unserer Mitglieder und anderer Hamburger Beamtinnen und Beamten ist es zu verdanken, dass sich der Senat bewegt. Die Klagen gehen weiter und wir werden nicht ruhen, bis auch unsere pensionierten Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt werden! Als **DPoIG Hamburg** konnten und durften wir leider nicht so, wie man es von uns gewohnt ist: Einsätze begleiten, Dienststellen aufsuchen, Gespräche mit unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort führen. Auch für uns gilt im besonderen Maße, den Gesundheitsschutz an oberste Stelle zu setzen. Trotz widriger, belastender Umstände kämpft die **DPoIG** für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen der Ham-



> Landesvorsitzender Thomas Jungfer (Bildmitte) leitete den Landesausschuss und bilanzierte das vergangene Jahr aus Sicht der **DPoIG**.

burger Polizei. Da wo es möglich war, wurden Gespräche persönlich geführt und alles andere wurde auf digitalen Plattformen abgearbeitet. Aber es gibt auch Positives zu berichten: Die Anerkennung einer Coronainfektion als Dienstunfall, die sukzessive Ausstattung mit CO-Warnern, die gesicherte Finanzierung für die Beschaffung einer Funktionsjacke und die Einführung von blauen Poloshirts auch für die AiP und AiA sind nur ein paar Themen, die durch die Beharrlichkeit und das beständige „Bohren dicker Bretter“ sowie zahlreiche Gespräche mit der Behördenleitung und der Polizeiführung durch die **DPoIG Hamburg** umgesetzt werden konnten. Das kontinuierliche Einstellen von Angestellten im Polizeidienst (AiP) oder die Fortführung der Einstellungsoffensive für den Polizeivollzug – eine immer wiederkehrende Forderung der **DPoIG Hamburg** – werden fortgesetzt beziehungsweise wieder aufgenommen. Durch Aufgabenzuwächse ist der Personalbedarf in nahezu allen Organisationsbereichen der Polizei akut und das wird auch noch längere Zeit so bleiben, denn Aufgabenkritik gibt es nur auf dem Papier und die Pensionierungswelle baut sich

auf. Folge: Wir werden auch zukünftig nicht im Personal schwimmen. Dann sind da noch Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt der Jahre 2023 und 2024. Es gibt bei der Hamburger Polizei keine Bereiche, in denen Millionen Euro eingespart werden können. Für die **DPoIG Hamburg** wird die am 20. Mai mit der Stimmenausschüttung im Polizeipräsidium endende Personalratswahl erneut eine wichtige gewerkschaftliche Wegmarke sein. Als mitgliederstärkste Gewerkschaft in der Hamburger Polizei wollen wir die Wahl erneut gewinnen und die absolute Mehrheit im Personalrat der Polizei halten. Die gute Arbeit der **DPoIG**-Personalräte wollen wir auch in Zukunft weiterführen und den Herausforderungen gerecht werden. Je größer und komplexer die Aufgaben, desto wichtiger die Mitbestimmung!

Steigerung der Berufsattraktivität für alle Beschäftigten der Polizei

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der **DPoIG** dafür zu kämpfen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Wertschätzung





> Ein herzliches Dankeschön von Thomas Jungfer für viele Jahre ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit für die **DPoIG** an Wolfgang Laudon ...



> ... Norbert Schmitz und den ...



> ... ehemaligen Landesjugendleiter und jetzigen Beisitzer Eimsbüttel Stefan Bereuter.

bemisst sich auch in Euro; dieser gewerkschaftliche Leitsatz hat aus unserer Sicht nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die Höhe von Dienstbezügen, Gehalt, Lohn und der Zulagen für die jeweiligen Tätigkeiten sowie die konkreten Rahmenbedingungen an den Dienststellen der Polizei einschließlich der Arbeitsbedingungen vor Ort sind immer wieder Themen auf der gewerkschaftlichen Agenda. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um Probleme und Fragestellungen für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges, der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung oder um berechtigte Anliegen unserer tarifbeschäftigten Kollegen geht.

■ Einstellungsoffensive

Ohne Personal ist alles nichts. Diese Binsenweisheit ist in der Politik angekommen. Unsere Kollegen leisten exzellente Arbeit und dies oft unter Bedingungen, die man eben nur dann als optimal bezeichnen kann, wenn es um spezielle Ermittlungsgruppen geht. Zu oft ist Improvisation Tagesprogramm – hier müssen den Worten endlich Taten folgen! Der Landesausschuss diskutierte engagiert unter der Mo-

deration von Thomas Jungfer mit dem per Video zugeschalteten Innensenator Andy Grote (SPD) über die Personalsituation, die Einsatzbelastung, die fehlenden Ressourcen in der Akademie der Polizei, die mangelhafte Berufsattraktivität, die dringend notwendige Einführung der zweigeteilten Laufbahn, die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge und der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie die verstetigte Einstellung von AIP verbunden mit einer Erweiterung des Aufgabenfeldes. Deshalb muss die Einstellungsoffensive aus Sicht der **DPoIG** auch eine Attraktivitätsoffensive sein, um wirklich genug geeignete Bewerber für den Polizeiberuf nicht nur zu interessieren, sondern zu begeistern! Auch unsere wenigen Verwaltungsbeamten verdienen ein Attraktivitätsprogramm, damit endlich die Fluktuation zu anderen Ämtern und Behörden gestoppt wird und sie die Anerkennung erfahren, die sie verdienen. Dasselbe gilt für unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, auch für sie muss es auch weiterhin Perspektiven und Aufgabenerweiterungen geben, um sich beruflich weiterentwickeln zu können.

■ Haushalt 2022 und Wahlen

Die **DPoIG Hamburg** ist eine finanziell gesunde Gewerkschaft. Die Rechnungsprüfer bescheinigten dem Landesvorstand, mit den Mitgliedsbeiträgen verantwortungsvoll umzugehen. Der im Anschluss vorgestellte Haushaltsentwurf 2022 wurde einstimmig beschlossen. Ein weiterer wichtiger Tagungsordnungspunkt waren erforderliche Wahlen, um Funktionen innerhalb verschiedener gewerkschaftlicher Gremien neu zu besetzen. Marc-Ulrich Schipper wurde in der Nachfolge von Flemming Schade zum Fachbereichsvorsitzenden Schutzpolizei gewählt. Er führt damit den größten Fachbereich innerhalb der **DPoIG Hamburg** und ist zudem kooptiertes Mitglied im Landesvorstand unserer Gewerkschaft. Andreas Dubsky wurde zum Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Fabian Rockhausen wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Fachbereiches Schutzpolizei gewählt. Nicholas Kriegk folgt Stefan Bereuter und wurde zum neuen Landesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI und Flavia Hove zu seiner Stellvertreterin gewählt. Henning Pohl wurde zum Vorsitzenden des Fachbereiches Kriminalpolizei gewählt. Er übernimmt damit das Zepter

von Wolfgang Laudon, der den Fachbereich K sagenhafte 25 Jahre verantwortete. Frank Wiedenfeld wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Fachbereiches Wasserschutzpolizei gewählt. Stefan Bereuter (Region Eimsbüttel), Niklas Löwe (Region Harburg), Dietmar Tackmann (Region Bergedorf) und Tilman Fierley (Region Mitte) wurden zu Beisitzern gewählt und gehören zum Landeshauptvorstand der **DPoIG Hamburg**. Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen allen gewählten Kolleginnen und Kollegen eine erfolgreiche Arbeit, alles Gute, Durchsetzungskraft und auch das notwendige Glück! Ein herzlicher Dank geht an Wolfgang Laudon, Flemming Schade, Thorsten Pagel und Norbert Schmitz für die über viele Jahre geleistete, ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit – danke! **Ein Ausruhen auf Erfolgen kommt für uns nicht infrage und das Team der DPoIG Hamburg wird sich weiterhin konsequent und engagiert für die Kolleginnen und Kollegen einsetzen. „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Dieses Motto ist unser Ansporn und leitet uns seit Jahrzehnten – so wird es bleiben, versprochen!**

Der Landesvorstand





© Frank Riebow

➤ Im Austausch mit Polizeivizepräsident Morton Struve (Zweiter von rechts): Marc-Ulrich Schipper (FB-Vorsitzender Schutzpolizei), Beate Petrou (FB-Vorsitzende Verwaltung) und Landesvorsitzender Thomas Jungfer (von links).

Forderung nach AiP-Einstellungen erfüllt

4

DPoIG im Gespräch mit Polizeipräsident Meyer und Polizeivizepräsident Struve

Die **DPoIG Hamburg** hat Anfang April mit der Polizeileitung gesprochen, um die Problematik rund um den Objektschutz zu thematisieren und dabei weiterhin offensiv das Ziel zu verfolgen, den Polizeivollzug und die Angestellten im Polizeidienst (AiP) zu entlasten. Die zügige Einstel-

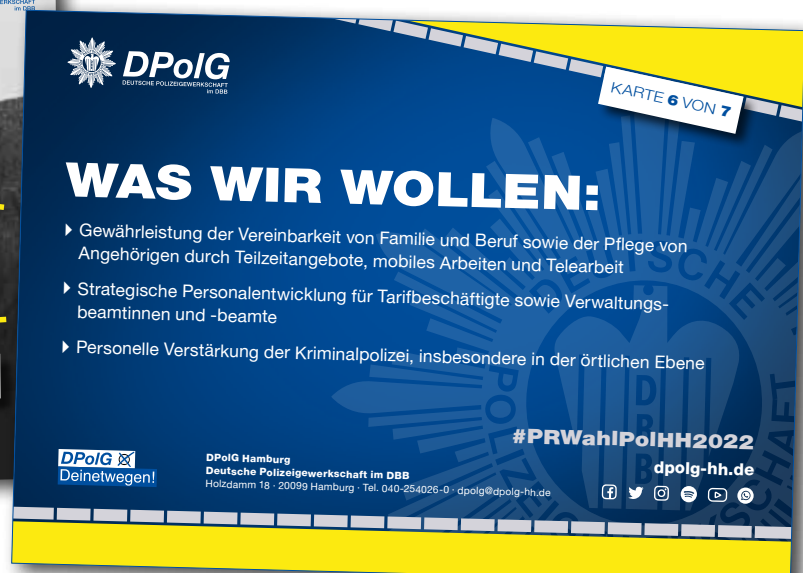
lung von mindestens 40 AiP im Objektschutz plus der Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die sich erfolgreich bei den anstehenden Ausschreibungen in der Verkehrsdirektion 1 bewerben werden, wird nun umgesetzt. Die Ausschreibungen zum 1. August und 1. September dieses Jahres

sind bereits veröffentlicht. Der Personalrat der Polizei hat den Maßnahmen und der Stellenausschreibung zugestimmt. Die Themen Berufsbild und Verbesserungen für die AiP begleiten die **DPoIG Hamburg** schon seit vielen Jahren. Erfolgreich hat die **DPoIG Hamburg** nun ebenfalls die Wie-

deraufnahme der Tätigkeit der dienstlichen Arbeitsgruppe AiP initiiert, in der viele Themenfelder – wie zum Beispiel die Dienstzeiten, die Personalbedarfsberechnung, Führungsstrukturen, Aufgabenvielfalt – weiter besprochen werden.

Der Landesvorstand

© DPoIG HH (2)



MITGLIEDER-WERBEAKTION

1.2.-31.5.2022

DPoIG 
Deinetwegen!

DEINE PRÄMIEN*

ALS NEUMITGLIED ODER WERBER!

Werde bis zum 31.5.2022 DPoIG-Mitglied oder werbe Neumitglieder.

Deine Prämie als Neumitglied: Wähle zwischen einem 50€-Wunschgutschein, Rucksack oder Tasche

Deine Prämie als Werber: Wähle zwischen einem 75€-Wunschgutschein, Rucksack oder Tasche



UNSERE LEISTUNGEN

- Dienstliche Rechtsschutzversicherung mit freier Anwaltswahl inkl. Wegeunfälle
- Kostenlose Beratung in allen zivilrechtlichen Angelegenheiten bei einer namhaften Anwaltskanzlei
- Diensthauptpflicht-Versicherung
- Dienstfahrzeug-Regress-Haftpflichtversicherung
- Geräte- und Geräteregresshaftpflichtversicherung
- Eine umfassende und persönliche Betreuung jedes einzelnen Mitgliedes
- Viele exklusive Rabatte durch unsere starken Partner, wie z. B.:

ÜBERZEUGT?
Dann werde Mitglied!



Scanne den QR-Code und
fülle das Formular
digital aus.



... und noch viele mehr!



Deutsche Polizeigewerkschaft DPoIG Hamburg

Holzdammm 18 · 20099 Hamburg

Tel. 040-254026-0 · dpolg@dpolg-hh.de

dpolg-hh.de



*Ausgenommen sind Anwärterinnen und Anwärter der Akademie der Polizei.
Hier gelten die besonderen Werbepremien für Berufsanfänger.



Neuregelungen: Telenarbeit und mobiles Arbeiten

Das Personalamt und die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben eine neue, hamburgweit geltende Rahmenvereinbarung zur Telenarbeit und zum mobilen Arbeiten abgeschlossen. Für den dbb Hamburg war die Fachbereichsvorsitzende Verwaltung der **DPoIG Hamburg**, Beate Petrou, am Verhandlungstisch dabei. Zum Verhandlungsergebnis sagt sie: „Wir haben in vielen, teilweise auch zähen Verhandlungsrunden mit dem Personalamt neue Wege für moderne Arbeitsformen vereinbart. Dies ist der Anfang einer neuen Arbeitswelt und neuer Formen des Zusammenarbeitens auch in der Polizei. Hierzu ist die bereits bestehende Dienstvereinbarung zur alternierenden Telenarbeit auf die Neuerungen anzupassen und um das mobile Arbeiten zu ergänzen. Gleichzeitig erfüllt sich damit auch eine Forderung der **DPoIG Hamburg**, die während der Coronapandemie eingeführte Homeoffice-Variante der Polizei über die Pandemie hinaus in der Polizei zu etablieren. Als nächster wichtiger Schritt beginnen nun die Verhandlungen

gen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit dem Personalamt. Ziel ist es, eine Rahmenvereinbarung zum Thema moderne Raumkonzepte abzuschließen. Auch hier ist abzusehen, dass es harte Verhandlungen mit dem Personalamt geben wird, um die Rechte der Beschäftigten und die Mitbestimmungsrechte der örtlichen Personalräte zu wahren sowie eine zeitgerechte Beteiligung der Personalräte auf Augenhöhe einzufordern.“

Das derzeitige Homeoffice-Angebot basiert auf dem Infektionsschutzgesetz und der dort genannten Regelung zur Nutzung von Möglichkeiten des Homeoffice. Hierdurch haben die Dienststellen die Möglichkeit, Homeoffice ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gestalten und die Verteilung von Diensten im Büro und am häuslichen Arbeitsplatz zum Beispiel durch die Bildung von Kohorten vorzugeben. Nach Gesprächen mit der Polizeiführung wird dieses Modell, unabhängig vom Verlauf der Pandemie, bis zum Abschluss einer neuen

Dienstvereinbarung bestehen bleiben. Die während der letzten Wochen aufgrund des Infektionsschutzes umgesetzten Raumkonzepte sind für die Dauer der Pandemie gültig. Die **DPoIG Hamburg** wird langfristige Änderungen von Raumkonzepten zum jetzigen Zeitpunkt erst offiziell anerkennen, wenn die hierzu avisierte Rahmenvereinbarung zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und dem Personalamt unterschrieben ist. Für über die Pandemie hinausgehende Raumkonzepte gelten bereits jetzt Mitbestimmungsrechte des Personalrats, in der IT der Polizei wird derzeit ein neues Raumkonzept pilotiert. Aufgrund der Einsparungsverpflichtungen wurden bereits durch die Polizei angemietete Büroflächen gekündigt. Hintergrund hierfür ist der Plan der Behör-

den- und Amtsleitung, durch moderne Raumkonzepte Büro Räume effektiv zu nutzen und



Kosten durch die Anmietung von Büroflächen zu senken. Mehrere Kolleginnen und Kollegen sollen sich zukünftig Büroräume teilen. **Im Rahmen von New Work ist das geboten, aber Vorsicht, Senator Grote, die DPoIG wird diesen Prozess kritisch begleiten und keine Alleingänge der Behörden- und Amtsleitung tolerieren! Legen Sie Ihre Pläne für die Unterbringung der Beschäftigten aus den abgemieteten Büroflächen offen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist wie immer das Gebot der Stunde!**

Der Landesvorstand



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im DBB

KARTE 5 VON 7

WAS WIR WOLLEN:

- ▶ Sicherstellung eines ausreichenden und aufgabengerechten Personal- und Stellenbestandes inklusive der Einstellung auf einem hohen Niveau
- ▶ Keine Stellenstreichungen in der Verwaltung
- ▶ Digitalisierung der Polizeiarbeit, Vernetzen durch kluge Digitalisierung als ständige Aufgabe

DPoIG
Deinetwegen!

DPoIG Hamburg
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Holzdamms 18 · 20099 Hamburg · Tel. 040-254026-0 · dpolg@dpolg-hh.de

#PRWahIPolHH2022

dpolg-hh.de



Liebe Myriam, vielen Dank für Dein tolles Bild – klasse!

~~DPolG~~ ✕
Deinetwegen!



Landesverband Hamburg

> DPolG Polizeispiegel | Mai 2022



> Alles Gute und danke Norbert!

Mit Ablauf des Monats Februar ist Norbert Schmitz in den wohlverdienten Ruhestand gegangen. Zuvor wurde er von seinen Kolleginnen und Kollegen am PK 27 so verabschiedet, wie es sich für einen Wachhabenden vom alten Schlag gehört. Auch die **DPoIG Hamburg** ist Norbert zu großem Dank verpflichtet. Er war über viele Jahre Vertrauensmann, Ansprechpartner vor Ort, als Beisitzer der Region Eimsbüttel Mitglied im Landeshauptvorstand und als Ersatzmitglied regelmäßig bei den Sitzungen des Personalrates vertreten. Norbert war eine starke, engagierte Stimme für seine Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Norbert, wir wünschen dir alles Gute – mögest du der Stadt Hamburg ein teurer Pensionär werden, danke!



© Ricardo Bolz

> Ruhestand*

Folgende Kollegin und Kollegen der Kollege sind zum 31. März 2022 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei

PHK
Hartmut Oldenbusch LBP 91

Personalabteilung

Alin Heike Hendel PERS 322

*Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.

© DPoIG HH (2)



ALLE 11 MINUTEN STREICHT EIN DGL EIN DV!

... WEIL SIE/ER ES MUSS!

DPoIG
Deinetwegen!



WAS WIR WOLLEN:

- ▶ Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Pflege von Angehörigen durch Teilzeitangebote, mobiles Arbeiten und Telearbeit
- ▶ Strategische Personalentwicklung für Tarifbeschäftigte sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamte
- ▶ Personelle Verstärkung der Kriminalpolizei, insbesondere in der örtlichen Ebene

DPoIG
Deinetwegen!

DPoIG Hamburg
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Holzdamm 18 · 20099 Hamburg · Tel. 040-254026-0 · dpolg@dpolg-hh.de

#PRWahlIPolHH2022

dpolg-hh.de



> Autobahnfahrt mit 417 km/h bleibt folgenlos

Die Staatsanwaltschaft Stendal hat das Verfahren gegen einen tschechischen Fahrer eingestellt, der mit seinem Bugatti Chiron im Juli des vergangenen Jahres mit 417 Kilometern pro Stunde über die BAB 2 fuhr. Anfang dieses Jahres hatte der Fahrer, ein tschechischer Millionär, ein Video ins Netz gestellt, bei dem er über die A2 zwischen Berlin und Hannover rast.

Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen des Verdachts eines illegalen Straßenrennens nach § 315 d StGB ein. Geprüft wurde, ob ein verbotenes Einzelrennen vorlag. Dazu muss sich der Fahrer mit nicht an-

gepasster Geschwindigkeit und grob verkehrswidrig sowie rücksichtslos fortbewegen, um eine maximale Geschwindigkeit zu erreichen.



© M. Lamb

Jetzt kam die Staatsanwaltschaft zum Ergebnis, dass die Tatbestandsvoraussetzungen nicht vorliegen.

Der Fahrer habe optimale Wetterbedingungen, Straßenverhältnisse und Uhrzeit gewählt. Rücksichtslosigkeit könne ihm nicht vorgeworfen werden. Zudem sei sein Auto auf solche Geschwindigkeiten ausgelegt und auf dem Abschnitt habe es keine Geschwindigkeitsbegrenzung gegeben. Auch Hinweise auf eine unsichere Fahrweise gebe es nicht, daher hat die Staatsanwaltschaft wegen nicht hinreichenden Tatverdachts die Ermittlungen eingestellt.